

Sächsisches und Allgemeines Die Schulferien 1932

Das Kultusministerium hat folgenden Plan für die Schulferien des Jahres 1932 aufgestellt:

- Osterferien 19. März bis 2. April 1932
- Wingstferien 14. Mai bis 21. Mai 1932
- Sommerferien 16. Juli bis 22. August 1932
- Herbstferien 30. September bis 8. Oktober 1932
- Weihnachtsferien 24. Dez. 1932 bis 7. Jan. 1933.

Wie wir erfahren, ist eine endgültige Entscheidung über den Plan noch nicht getroffen worden, so daß noch kleine Verschiebungen eintreten können.

Vergebung von Reichsbahnstrümen.

Namens aller sächsischen Industrie- und Handelskammern hat sich die Industrie- und Handelskammer Dresden an die Hauptverwaltung der Reichsbahndirektion Dresden mit dem Ersuchen gewandt, bei den Vergabungen im Rahmen des Reichsbahnbeschaffungsprogramms der Reichsbahn auf die besondere Notlage besonders zu berücksichtigen. Dabei hat die Kammer insbesondere darauf hingewiesen, daß bei der Vergabe von Aufträgen im wesentlichen Westdeutschland ja gute Waren, das Land Sachsen bei anderen Aufträgen entsprechend ausschließlich berücksichtigt werden sollte. Schließlich hat die Kammer dringend angefragt, bei der Vergabe der Aufträge die Kaufkraft der Länder und die Landesverhältnisse, also auch die sächsische Landesverhältnisse, einzuschalten.

Ermäßigung von Stüttegeldern, Vermögensgebühren und Vergütungssteuern.

Die sächsischen Gewerbetreibenden unterstützen in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium die Wünsche des ambulanten Gewerbes, die darauf gerichtet sind, eine Herabsetzung der Stüttegelder, Verwaltungsgebühren und Vergütungssteuern zu erreichen. In der Begründung wurde die besondere Notlage dieses Gewerbes hervorgehoben und betont, daß das ambulante Gewerbe infolge seiner Eigenart gewissen Schädigungen ausgesetzt sei, die andere Wirtschaftszweige nicht oder nicht in gleichem Maße treffen. Vielfach würden die mitgeführten oder ausgeführten Waren durch Witterungseinflüsse unverkäuflich, ferner habe die häufig sich verringernde Kaufkraft der Bevölkerung einen Einnahmefall im Gefolge, der sich in Belästigungsgewerbe in erster Linie fühlbar mache. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, daß sich die Stüttegelder, Verwaltungsgebühren und Vergütungssteuern, die in den Gemeinden erhoben werden, noch vielfach in einer für das ambulante Gewerbe untragbaren Höhe bewegen. Um manchen Gewerbetreibenden ihre bestehende Existenz zu erhalten und sie nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen zu lassen, sei Abhilfe dringend geboten.

Auch Füllfederpistolen verboten.

Wie man hört, sollen im Rahmen der Durchführungsbestimmungen über die Schusswaffenanmeldung auch die sogenannten „Füllfederpistolen“ als Schusswaffen im Sinne des Gesetzes an-

gesehen werden. Sie werden in Zukunft als waffenähnlich erklärt werden. Es ist festgestellt worden, daß auch die Schusswirkung dieser unscheinbaren Waffen unter besonders ungünstigen Umständen tödlich wirken kann und auch schon mehrfach tödlich gewirkt hat. Scheintod-, Knall- und Gaspistolen fallen dagegen nicht unter das Verbot.

as. Zulage für die Polizeibeamten.

Bekanntlich erhalten in Sachsen nur die Polizeibeamten in Orten über 10 000 Einwohner die sogenannte Sonderzulage. Wie die Sächs.-Böhm. Korrespondenz erzählt, haben hierüber zwischen dem Verband sächsischer Polizeibeamter und dem Ministerium des Innern am Sonnabend Verhandlungen stattgefunden, wobei die Verbandsvorleiter eine Ausdehnung der Sonderzulagen auch auf die bisher nicht berücksichtigten Beamten wünschten. Der Minister des Innern, Richter, erklärte, er wolle die preussische Regelung, die unmittelbar bevorsteht, abwarten, ehe er zu diesem Wunsch endgültig Stellung nehme.

Die hohen Fernspreckgebühren

sind Anlaß immer wiederholter Beschwerden aus mittelständischen Kreisen. So erhalten wir die folgende Zuschrift, die wir als Stimmungsbild wiedergeben wollen:

„Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ war auch für den „Poststephan“ Richtschnur. Jetzt klagt die Postverwaltung über Minderungs ihres Umsatzes und wird wohl bald nach berühmten Mustern irgendeine Erhöhung ausknobeln. (Der Einsender sieht hier wohl etwas sehr schwarz; im Gegenteil, wir rechnen alle stark mit einer baldigen Senkung der Fernspreckgebühren! — Die Schrift.) Der erwerbstätige Mittelstand als großer Kunde der Postverwaltung gehört durchweg nicht zu den Vielfachern, infolgedessen wirken sich bei ihm die Gebühren ganz anders aus,



Im dichten Nebel auf Grund gelaufen

Au der kalifornischen Küste, in der Nähe von Point Reyes, lief der englische Dampfer „Manleon“ auf Grund und wurde durch die große See umgeworfen. Glücklicherweise konnte die Mannschaft noch rechtzeitig das Schiff verlassen. Unser Bild zeigt den Schauplatz des Schiffunglücks.

as. Glaubhaftmachung neuen Vermögenserwerbs beim Offenbarungseidsschuldner.

Während der Offenbarungseid vor dem Vollstreckungsgericht geleistet hat, kann innerhalb der nächsten zwei Jahre zu einer erneuten solchen Eidesleistung nur dann angehalten werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß er inzwischen Vermögen erworben habe. Die Industrie- und Handelskammer Dresden wurde beim sächsischen Ministerium der Justiz gegen eine ihr bekanntgewordene gerichtliche Auslegung vorstellig, wonach der Nachweis, daß der Schuldner nach der Eidesleistung ein eigenes Geschäft betreibt, noch nicht als Glaubhaftmachung späteren Vermögenserwerbs gelten könne. Sie hat deshalb, die Gerichte darauf hinzuweisen, daß es der erforderlichen Glaubhaftmachung voll entspreche, wenn der Schuldner neuerlich Inhaber eines Geschäfts geworden sei, womit ja normalerweise ein Besitz von Vermögenswerten verbunden wäre. Das Ministerium bezeugte indes die im gegenteiligen Sinne ergangene Gerichtsentcheidung als mit der herrschenden Rechtsansicht übereinstimmend und hielt den von der Kammer gewünschten Hinweis gegenüber den Gerichten für unvereinbar mit dem Grundgedanken der richterlichen Unabhängigkeit.

as. Gantag des ostsächsischen Reichsbanners.

Am Sonnabend und Sonntag hielt der Gau Ostsachsen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Dresden seine diesjährige Gaukonferenz ab. Auf der am Sonntagvormittag stattgehabten Delegiertenversammlung hielt der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Hürsing, das Hauptreferat, wobei er sich mit der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland auseinandersetzte. Der Redner wandte sich insbesondere gegen die Nationalsozialisten und führte dann zur Rotverordnungsfrage, die wirtschaftlichen Bestimmungen der Rotverordnung seien für den werktätigen Teil der Bevölkerung schwer erträglich. Trotz allem müßten gerade die Republikaner den Kopf obenhalten, weil sie wüßten, daß den Arbeitern nach einer sozialistischen Machtergreifung weit Schlimmeres bevorstände. Das Reichsbanner werde um Wahrung der Rotverordnung kämpfen, sich aber zu keinen Unbesonnenheiten hinreißten lassen. Aus den im Verlaufe der Konferenz gemachten Mitteilungen ging hervor, daß die Mitgliederzahl des Gaues Ostsachsen in den letzten zwei Jahren um mehr als das Doppelte gestiegen ist und daß zahlreiche neue Ortsvereine gegründet worden sind. Vortrupp und Jungbanner, die vor zwei Jahren noch in den organisatorischen Anfängen standen, seien heute zum Sammelbecken republikanischer Jugend geworden und böten Gewähr dafür, daß die republikanischen Rechte auch in Zukunft unter starkem Schutz stehen würden. Der bisherige Gauvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

als etwa bei der Post bei spitematischer Sparlampe auf gewissen anderen Gebieten es möglich sein, eine Verbilligung des Fernspreckverkehrs dadurch herbeizuführen, daß er für die Grundgebühr monatlich mindestens 30 Gelpföche freigebe. Das wäre für den Mittelstand eine ganz bedeutende Verbilligung, und mancher würde seinen Anschluß behalten können, den er bereits infolge der wirtschaftlichen Ungunst bereits gekündigt oder aufgegeben hat. Vor allem aber wäre das ein Anreiz zur Gewinnung neuer Fernspreckkunden für die Postverwaltung, den sie nicht unterschätzen sollte.

as. Sächsischer Forstverein.

In der Mitgliederversammlung des Sächsischen Forstvereins am 10. Dezember in Dresden wurde beschlossen, im Juni 1932 gemeinsam mit dem Verein Thüringer Forstwirte in Gera zu tagen. Die Tagung soll trotz der allgemeinen Notlage stattfinden, da der Verein seine Aufgabe darin sieht, die besonders schwer leidende Forstwirtschaft gerade jetzt nach innen und außen zu fördern.

Aus dem Lande

— **Danhen. Schadenfeuer.** In der Nacht zum Montag brannte in Obermertha die 40 Meter lange massive Scheune mit Schweine- und Pferdeställen des Bürgermeisters Schneider bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden, doch fielen den Flammen größere Futtervorräte, ungedroschenes Getreide und Maschinen zum Opfer. Ueber die Ursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

— **Bad Oster. Neuer Bürgermeister gesucht.** Infolge Uebertritts des bisherigen Bürgermeisters Heldner in den Ruhestand, hat der Gemeinderat von Bad Oster die Bürgermeistersstelle neu ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember an den Gemeinderat einzureichen.

— **Chemnitz. Am 8000 Mark Spargelgerbracht.** Von der Kriminalpolizei wurde ein 24 Jahre alter Bagerist aus Delitzsch i. O. festgenommen. Er hatte es verstanden, sich das Spargelgeschäft einer in der Nordvorstadt wohnhaften Schneiderin anzueignen und darauf 8000 Mark abzugeben, die er für sich verwandte.

— **Großenhain. Ein Förster tot aufgefunden.** Am Sonnabendvormittag wurde in dem zum

Rittergut Strauch gehörigen Forstrevier der 45 Jahre alte Förster Sandföhler tot aufgefunden. Man vermutete zuerst, daß Sandföhler das Opfer von Wilderern geworden war. Ein Arzt stellte aber fest, daß die Leiche keinerlei Verletzungen aufwies, sondern daß der Förster einen Herzschlag erlitten hatte. Wie die Erörterungen der zuständigen Landgenossenschaft ergaben, hatte Sandföhler drei Bretter übertrahnt. Zweien von ihnen war es gelungen, zu flüchten, während der Förster den dritten stellen konnte. Infolge der Aufregung war anscheinend der Beamte von einem Herzschlag ereilt worden. Der dritte Bretterträger hatte dann die Gelegenheit benutzt, sich ebenfalls aus dem Staube zu machen. Im Laufe des Sonnabends konnten zwei der Wilderer ermittelt und festgenommen werden. Dem dritten ist die Polizei auf der Spur.

— **Grünbach bei Falkenstein. Eine neue Turnhalle.** Unter großer Beteiligung wurde am Sonntag die neue Turnhalle der beiden hiesigen Turnvereine, die sich verschmolzen haben, eingeweiht. Neben vielen Gauvertretern nahm auch der Gauoberturnwart an der Feiertell.

— **Dohna. Katastrophale Notlage des Bezirksverbandes Dohna.** In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dohna erklärte Amtshauptmann Dr. v. Burgsdorff unter anderem, die Finanzlage des Bezirks habe sich derart verschlechtert, daß der Bezirksverband mit Ende dieses Jahres keine Zahlungen einstellen müsse, wenn nicht ganz besonders günstige Umstände eintreten. Im November waren im Bezirk 3361 Arbeitslosenunterstützungsempfänger (im Oktober 2988, 3979 (4050) Krisenunterstützte und 2779 (2519) Wohlfahrtserwerbslose.

— **Limbach. Gefährlicher Brand.** Auf noch nicht gekläarte Weise brach in der Stellmacherei der hiesigen Expeditionsfirma Otto Köhler Nach, ein Schuppen aus, das in den umfangreichen Hartholzworräten reiche Nahrung fand, so daß es sich außerordentlich schnell ausbreitete und auch den anschließenden Wagenunterstellraum in Flammen setzte, in dem sich ausgerochnet der Petroleumantwag befand. Unter größten Mü-



Reichsbanner-General Hürsing tritt zurück

Wie bekannt wird, hat der Bundesführer des Reichsbanners, Hürsing, einen längeren Urlaub angetreten. Von diesem Urlaub wird er nicht mehr an die Spitze des Reichsbanners zurückkehren, wenn auch der endgültige Beschluß darüber erst in einer Sitzung am 16. Dezember erfolgt. Als Nachfolger in der Führung des Reichsbanners wird der bisherige zweite Bundesführer, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Höltermann genannt. Die Gründe, die zu dem Rücktritt geführt haben, werden in den Differenzen liegen, die Hürsing mit der sozialdemokratischen Parteileitung wegen der von ihm in Berlin herausgegebenen neuen Zeitung hatte. Die Zeitung ist übrigens inzwischen wieder eingegangen.



Tschang Kai-shek zurückgetreten

Der Präsident der chinesischen Republik, Marschall Tschang Kai-shek, ist von seinem Posten zurückgetreten. Die Demission steht im Zusammenhang mit dem japanisch-chinesischen Konflikt, in dem der bisherige Präsident eine exponierte Stellung einnahm. Der chinesische Staat verliert in dem Jagen, außerordentlich wichtigen und modern eingestellten Staatsoberhaupt einen Führer von Format, für den nur schwer ein Ersatz gefunden werden dürfte.